



Conseil d'Etat
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

ANTWORT AUF DAS POSTULAT

Urheber	AdG/LA-Fraktion, durch die Grossräte Raymond Borgeat, Jean-Henri Dumont und Didier Fournier sowie Grossrätin (Suppl.) Annick Clerc Béro
Gegenstand	Anreize zur Unterstützung der Walliser KMU: Steuerabzüge und Subventionen
Datum	11.06.2013
Nummer	4.0050 (ehem. 1.0019)

Selbstverständlich teilt der Staatsrat die Meinung der Urheber, die Walliser KMU bestmöglichst zu unterstützen. Dies geschieht übrigens fortlaufend durch die gemeinsamen Bemühungen mit dem Parlament für günstige Rahmenbedingungen. In schwierigen Zeiten der Konjunktur geschieht dies zudem gezielt. Denken wir dabei an das kantonale Programm zur Unterstützung der Wirtschaft 2009, das Sie auf unseren Vorschlag hin angenommen haben.

Trotz der Unsicherheiten, mit denen sich das Wallis künftig konfrontiert sieht, ändert dies derzeit nichts daran, dass unserer Wirtschaft gemäss Wirtschaftsindikator der WKB im ersten Quartal um 1.4 % gewachsen ist, dass dieser Kanton im Mai den markantesten Rückgang der Arbeitslosenquote der Schweiz verzeichnete und die während der Wintersaison stabilen Übernachtungszahlen im April stark anstiegen.

Sehr geehrte Damen und Herren Grossräte, ohne die gegenwärtige Situation durch eine rosarote Brille sehen zu wollen, sollten wir uns dennoch die Musse nehmen, dies zu schätzen. Und mit ein bisschen Abstand ist ein weiteres Mal erkennbar, dass es dem Kanton - im Gegensatz zu manchen negativen Schlagzeilen – gar nicht so schlecht geht.

Gewiss, im Baugewerbe ist die Situation gemischt. Der Direktor des WBV und Grossrat, Serge Métrailler, beschreibt sie folgendermassen: «Bis jetzt geht es uns gut, aber die Klippe mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit ist schon in Sicht. Im April sank der Umsatz um 8 % und die Lohnmasse um 4 %». Wir werden selbstverständlich in den kommenden Monaten äusserst wachsam sein, auch wenn der Mai eine bessere Entwicklung aufweist und die Branche auf dem Höhepunkt ihres Zyklus ist.

Letzteres wird übrigens von den Massnahmen der Schweizerischen Nationalbank gegen eine Überhitzung des Marktes bestätigt.

Aus diesen Gründen kann der Staatsrat dieses Postulat der AdG/LA-Fraktion in der gegenwärtigen Form nicht gutheissen. Unterschiedliche Subventionsansätze je nach Eintrag oder nicht der Unternehmen auf den ständigen Listen wären im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens diskriminierend. Dasselbe gilt für unterschiedliche Steuerabzüge für Arbeiten, gemäss welchen ein Unternehmen auf der ständige Liste ist oder nicht. Deren Umsetzung wäre alles andere als einfach.

Dabei muss jedoch betont werden, dass der Staatsrat bereits im Sinne der Urheber gehandelt hat, indem er am 5. Juni 2013 zweierlei Massnahmen mit dem Ziel der Unterstützung des Arbeitsmarktes gegen Lohndumping und der Unterstützung von Unternehmen, welche die Arbeits- und Lohnbedingungen einhalten, angenommen hat. Seither wurden an die 200 Auftraggeber des Kantons und der Gemeinden bezüglich der Kontrolle dieser Einhaltung ausgebildet; was wiederum den KMU zugutekommt.

Es wird somit festgestellt, dass das Postulat bereits realisiert wurde.

Bürokratische Auswirkungen: Keine

Finanzielle Auswirkungen: Keine

Auswirkungen auf den NFA: Keine

Sitten, 18. Juni 2014